



**Geschäftsführung
Ausschuss für Umwelt und Grün**

Frau Bültge-Oswald

Telefon: (0221) 221-23702

E-Mail: barbara.bueltge-oswald@stadt-koeln.de

Datum: 17.09.2012

**Auszug
aus dem Entwurf der Niederschrift der Sitzung des Ausschusses
Umwelt und Grün vom 06.09.2012**

öffentlich

**6.13 Konzept zur Entwicklung eines nachhaltigen Toilettenangebotes im
Kölner Stadtgebiet sowie Umsetzung erster Maßnahmen bis zum
31.12.2014
2665/2012**

und

**9.3 Toilettenkonzept - Beschlussempfehlung der Stadtarbeitsgemeinschaft
Behindertenpolitik - Sitzung am 22.06.2012
2413/2012**

SE Frau Röttger-Schulz gibt folgendes zu Protokoll:

"Das vorliegende Konzept zur Entwicklung eines nachhaltigen Toilettenangebotes im Kölner Stadtgebiet sowie die Umsetzung erster Maßnahmen bis zum 31.12.2014 ist wirklich nur eine vorübergehende Lösung.

Die Mitglieder der Stadt AG Behindertenpolitik hoffen sehr, dass damit eine Entwicklung in Gang gesetzt wird, die in Köln schon lange überfällig ist und dem Ruf der Stadt nur gut tun kann.

Die Mitglieder bitten die Verwaltung, unbedingt darauf zu achten, dass möglichst viele Menschen mit sehr unterschiedlichen Behinderungen die WC's auch nutzen können.

Um auch hier eine Nachrüstung auszuschließen und Kosten zu vermeiden, sollte vor Beginn dieser Maßnahme mit den Behindertenverbänden gesprochen werden, denn da gibt es genug Experten in eigener Sache."

RM Herr Bacher begrüßt namens der SPD-Fraktion ausdrücklich, dass mit dieser Vorlage im Wege einer Interimslösung die Maßnahmen der Toiletten in den Grünanlagen zu Ziffer III. a) realisiert werden können. Daher könne man diesem Teil der Vorlage zustimmen.

Im Hinblick auf die bekannte Problemsituation auf dem Brüsseler Platz erscheine es der SPD-Fraktion aber auch wichtig, dass man den Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen (AVR) ebenfalls für die Installation der "Urilady" auf dem Brüsseler Platz an der Beratung beteiligt. Er bitte die Verwaltung, dies zu realisieren.

Beigeordnete Frau Reker verweist auf den Text der Beschlussvorlage, in dem es heiÙe, dass die Abfallwirtschaftsbetriebe der Stadt Köln (AWB) bereit seien, dieses Modell zu finanzieren. Dies heiÙe noch nicht, dass es realisiert werden könne. Zunächst müsse geprüft werden, ob überhaupt Installationsmöglichkeiten vorhanden seien. Außerdem müsse auch in rechtlicher Hinsicht geprüft werden, wie man dort zu einer Verbesserung der Toilettensituation kommt.

RM Herr Brust bemerkt, soweit er wisse, haben die AWB die Situation geprüft und den Standort bereits festgelegt. Einen entsprechenden Beschluss habe der Aufsichtsrat der AWB gefasst, allerdings unter dem Vorbehalt, dass der AVR die Vorlage zur Kenntnis bekomme und keine Einwände habe. Um diesem Beschluss zu genügen, bitte die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen darum, dieses Konzept dem AVR zur Kenntnis zu bringen, damit die AWB weiterarbeiten könne und die Toilettenwagen aufgestellt werden können.

Außerdem schlieÙe er sich den Aussagen von Frau Röttger-Schulz an. Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen beantrage, die Verwaltungsvorlage um den letzten Punkt aus dem Beschluss der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik vom 22.06.2012 zu erweitern.

Dort heiÙe es: "Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik soll ab sofort an der Erarbeitung und Weiterentwicklung des Konzeptes beteiligt werden. Insbesondere, da die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik in 2007 den AnstoÙ zur Konzeptentwicklung gegeben hat."

RM Herr Kienitz schlieÙt sich namens der CDU-Fraktion dem Vorschlag von Herrn Brust an. Man wisse, auch vor dem Hintergrund der aktuellen Haushaltssituation, dass dies alles sehr schwierig sei. Dennoch könne man diesem Punkt zustimmen, da es sich um eine wichtige Sache handle.

SE Frau Reiff bekräftigt aus Sicht der Seniorenvertretung der Stadt Köln ebenfalls, dem Beschluss der StadtAG Behindertenpolitik Rechnung zu tragen, da nicht nur die Menschen mit Behinderung, sondern auch die Senioren davon betroffen seien. Man bitte darum, auch das Konzept "Nette Toilette" nicht zu vergessen und es populärer zu machen. Es gebe in der Stadt viele Gaststätten, die über behindertengerechte Toiletten verfügten und viele Menschen mit Behinderung kennen diese Gaststätten nicht.

SE Frau Grosser fragt hinsichtlich der Toiletten "UriLady" auf dem Brüsseler Platz, ob diese zusätzlich geplant seien oder ob sie gegen die bereits vorhandenen Toiletten ausgetauscht würden.

Frau Willms betont, sie sei dankbar, dass die Verwaltung über den Finanzausschuss eine Anschubfinanzierung in Aussicht gestellt bekommen habe, die hoffentlich auch in den Haushaltsplanberatungen der nächsten Jahre auftauche.

Das, was Frau Reiff vorgetragen habe, sei ein wichtiger Anreiz, um dieses Konzept weiterzuentwickeln, auch was die Barrierefreiheit anbelange. Man arbeite da gut mit der DEHOGA, der IHK und dem Einzelhandelsverband zusammen und werde in enger Abstimmung nach dem Ratsbeschluss die Umsetzung forcieren, damit in die Öffentlichkeit gehen und gerne mit den Behindertenverbänden zusammenarbeiten. Sie bitte darum, alle Informationen zu bündeln und an sie weiterzuleiten.

Sie informiert über Einrichtungen, wie z. B. die Fachhochschule in Köln-Deutz, die schon barrierefreie Toiletten vorhielten und bereit seien, diese der Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen.

Die Bitte hinsichtlich einer Aufnahme des AVR in die Beratung über die Installation der "Urilady" auf dem Brüsseler Platz habe sie vermerkt. Auch sei geplant, den Arbeitskreis zum Brüsseler Platz und die Bezirksvertretung Innenstadt, die auch noch zum Standort eine Genehmigung erteilen müsse, mit einzubeziehen. In dem Zusammenhang werde man gerne den AVR berücksichtigen.

An Frau Grosser gewandt antwortet sie, dass am Brüsseler Platz die vorhandenen Toiletten erhalten bleiben und die "UriLady-Toiletten" zusätzlich eingerichtet werden sollen.

Die Ausschussvorsitzende dankt Frau Willms und erläutert, der Ausschuss Umwelt und Grün sei in die Beratungsfolge mit einbezogen worden, weil der Punkt, den Herr Bacher ansprach – Ziffer III. a) Toiletten in Grünanlagen – explizit in der Vorlage enthalten sei.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt sie den Beschlusstext mit dem von RM Herrn Brust beantragten Zusatz aus dem Beschluss der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik vom 22.06.2012 zur Abstimmung:

Geänderter Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat beauftragt die Verwaltung, die unter III. a) bis e) aufgeführten Maßnahmen umzusetzen. Gleichzeitig beschließt der Rat - vorbehaltlich des Inkrafttretens der Haushaltssatzung - die Freigabe von zahlungswirksamen Aufwandsermächtigungen in Höhe von 14.850 € im Teilergebnisplan 1201 - Straßen, Wege, Plätze - in Teilplanzeile 13 (Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen), Hj. 2012. Folgekosten sind im Rahmen des HPL-Aufstellungsverfahrens für die Jahre 2013 und 2014 zu berücksichtigen.

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik soll ab sofort an der Erarbeitung und Weiterentwicklung des Konzeptes beteiligt werden. Insbesondere, da die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik in 2007 den Anstoß zur Konzeptentwicklung gegeben hat.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

2. Auszug erhält:

01 – Frau Kramp

II/20 – Herr Rausch

V-3

VI/62

zur weiteren Verwendung.